

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. Januar 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 8

## Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Merkmal:** Ungenügende Antwort der Reichsleitung — Die Versammlungsprotokolle in Sachen der Papierverföhrung und des Papierwuchers.

**Korrespondenzen:** Berlin. — Braunschweig. — Breslau. — Eisenach. — Erfurt. — Glogau. — Oörlitz. — Hannover. — Heidelberg. — Kiel. — Köln. — Leipzig. — Wiegand. — Wissa i. P. — München. — Neisse. — Nürnberg. — Potsdam. — Stuttgart.

**Kundschau:** Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Nachahmungsmerkmale. — Buchdrucker im Gerichtsleben. — Die Formate der deutschen Bücher. — Besteuerung der Feuerungsanlagen in Sachsen. — Ein Stück Neuorientierung. — Ein bemerkenswerter Preisbruch. — Der Vater der Selben gestorben. — Die Feuerstein- und die billigen Städte. — Entlassung von Munitionsarbeitern in der Schweiz.

## Ungenügende Antwort der Reichsleitung — Die Versammlungsprotokolle in Sachen der Papierverföhrung und des Papierwuchers

Ein ganz sonderbares Zusammentreffen: Während am 13. Januar an vielen Druckorten Deutschlands Protestversammlungen tagten, um eine Beschleunigung der Antwort des Reichskanzlers auf die Tarifamts eingabe herbeizuföhren mit dem Ziele wirksamer Abhilfe in der Papiernot, war ein durchaus unbefriedigender Bescheid des Reichswirtschaftsamts an das Tarifamt bereits unterwegs. Wer hätte am 13. Januar wohl an ein solches Zusammenfallen gedacht! Am 14. Januar gelangte nämlich unre tarifliche Zentrale in den Besitz eines Schreibens des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts, das schon vom 10. Januar datiert war, mit folgendem Inhalte:

Auf die an den Herrn Reichskanzler gerichteten Eingaben vom 10. November und 22. Dezember 1917: Die Wichtigkeit des Fortbestandes der Buchdruckereien und Zeitungsbetriebe für das allgemeine Interesse wird von der Reichsleitung nicht verkannt. Bei der ungünstigen Lage des Rohstoffmarktes und dem Mangel an Arbeitskräften und Kohlen erscheint jedoch eine Steigerung der Druckpapiererzeugung bis auf weiteres ausgeschlossen. Es ist das Bemühen der Reichsleitung wieder der Seeresverwaltung, dem weiteren Rückgänge der Herstellung von Druckpapier vorzubeugen und dafür zu sorgen, daß das zur Befriedigung des Seeres- und Staatsbedarfs sowie zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens erforderliche Druckpapier dem Druckgewerbe auch weiterhin nach Möglichkeit zur Verfügung gestellt werden kann.

Auffallend ist es gewiß, daß just in dem Augenblicke, wo die Öffentlichkeit etwas über das Stafffinden in der Papierverföhrung gegen die unhaltbaren Zustände in der Papierverföhrung erföhrt, das Reichswirtschaftsamt als die mit der Erledigung der Tarifamts eingabe beauftragte Stelle endlich zu einer Antwort schrift. Es sind zweifellos erst Ermittlungen über die Möglichkeit von Abhilfe angefleht worden, aber der dafür kompetente Kreis ist keinesfalls so groß, daß volle zwei Monate notwendig werden konnten, um das Tarifamt, das am 22. Dezember sich nochmals antragend einstellte, dann in einem Sinne zu bescheiden, womit die Sache bestimmt noch nicht abgetan ist.

Entgegen der in der Antwort vertretenen Meinung sind wir der Ansicht, daß die Reichsleitung die Bedeutung des Buchdrucks und der Presse für die Öffentlichkeit unterschätzt. Die ungünstige Lage des Rohstoffmarktes ist an sich zugegeben. Warum tritt aber dieser Umstand nicht bei der sonstigen Papierfabrikation, die jetzt überwiegend mehr in die Erscheinung? Es ist doch so, daß der Hauptpapierverbraucher in normaler Zeit jetzt zum Aschenbrödel geworden ist!

Den Mangel an Arbeitskräften hat nur die Kriegswirtschaftsbureaukratie erfunden. Nach wiederholten Auerungen in den Organen der Zeitungsverleger kommen geradezu lächerlich wenig Arbeiter in Betracht, um die Herstellung von Druckpapier flott zu machen. Warum gibt

man diese geringe Anzahl von Personen seitens der Militärverwaltung nicht frei? Ist nicht allgemein bekannt, daß viel zu viel Männer dem wirtschaftlichen Leben viel zu früh entzogen wurden, um dann eine überlange Zeit dem allseitig verhassten Kalenderrill abzulegen! In der Rüstungsindustrie ist größter Anflug mit den Reklamaktionen ständige Übung. Die Druckereibetriebe werden dort förmlich kultiviert. Von der für die Druckpapierfabrikation benötigten bescheidenen Zahl von Arbeitskräften hängt aber Deutschlands Bestand ab! Mit solchen Ungereimtheiten möge doch eine Reichsleitung, die Anspruch erhebt, ernst genommen zu werden, denkende Menschen versehen.

Die Kohlennot hat auch ein Doppelgesicht. Gestern ist sie selbst von ersten militärischen Autoritäten, deren Kompetenz in wirtschaftlichen Dingen überhaupt nicht existieren sollte — die „Frankfurter Zeitung“ redete vor etlichen Monaten in einem Feuilleton darüber einmal durch die Blume aber recht unerblicklich! —, als fastföhmlich bezeichnet worden, die Decke sei zu kurz usw., morgen redet man nur von einer Transportkrise, während Kohlen massenweise in den Halben lagern sollen. Dieses Schaukelspiel ist in der Rede eines Reichstagsabgeordneten kürzlich sehr hübsch illustriert worden. Daß in der Kohlenverföhrung indes sehr viel gelündigt worden ist und der viel zu späte Beginn, sich jetzt am meisten für die Industrie rücht, ist nicht zu bestreiten. Aber selbst dieser zum Teil schon freimütig als Verschulden eingeräumte Zustand kann doch nicht immer dauern? Es muß doch einmal wieder mehr Wagen zum Kohlentransport geben! Ist das das Versprechen, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß ein so umfangreiches Fehlen von Kohle in der Papierfabrikation, wie es mit dem Stillstande von 37 Fabriken durch ein Blatt in Böblingen jetzt berichtet werden konnte, sich nicht wiederholen wird, unmöglich? Hat doch der fächliche Zeitungsverlegerverein auf Grund genügender Unterlagen den Reichsbehörden schon mehrmals erklärt, daß der Kohlenbedarf für die Druckpapierherstellung geradezu winzig zu nennen ist gegenüber dem allgemeinen Verbrauch.

Die Papierproduktion zu steigern, wäre also ausgeschlossen. Das ist schon am 22. November dem Beirats der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe bedeutet worden und wäre somit eine Wiederholung einer Erklärung bedenkliehen Nichtwissens. Nichtwissens allein? Nein, wenn das richtige Verständnis vorhanden wäre, hätte wenigstens gesagt werden müssen: daß nach aller Möglichkeit eine Beschränkung der übrigen (bisher bevorzugten) Papierfabrikation zugunsten der Herstellung von Druckpapier im allgemeinen stattfinden soll. Dafür die vage Zusicherung, daß man nach Möglichkeit „auch weiterhin“ das Druckgewerbe mit Papier versehen werde. Im gesamten graphischen Gewerbe wird kein Menschenkind aufzureden sein, daß darin die Andeutung einer Besserung erblickt. Dem Gegenteil ist vielmehr aller Spielraum gelassen. Aberall wollte man für fernherin die Beruhigung haben, daß dem tatsächlichen Bedarf mehr Rechnung getragen wird, anstatt dessen soll es „auch weiterhin“ bei dem bleiben, was das bisherige amtliche Bemühen zustande gebracht bzw. nicht zu verhindern vermochte: Rückgang der Papiererzeugung und ungenügende Belieferung selbst mit den aufstehenden Mengen.

Die Antwort der Reichsleitung auf die vom Tarifamt im Auftrage des Tarifauschusses eingereichte Eingabe ist mithin eine große Enttäuschung. Wenn auch die Hoffnung nicht groß ist, so bleibt von dem nun kommenden Petitionssturm aus den Versammlungen vom 13. Januar doch die Erwartung berechtigt, daß dessen unmittelbarer Anschluß an die ganz unbefriedigende Antwort für das Tarifamt als höchstschöne Antwort darauf betrachtet werden und eine nochmalige Prüfung der Dinge bewirken kann. Mit der Aufhebung der Eingaben sollte also nirgends gedregert werden! Es ist uns bekannt, daß noch weitere Papierfabriken vor dem Stilllegen stehen, und ferner, daß die Kriegswirtschaftsstelle wie die Kriegsergöhrungsabteilung sich vor telegraphischen Bestürmungen nicht retten können. Am 16. Januar sollte eine telegraphisch einberufene Tagung des

Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Berlin stattfinden, deren Ergebnis wir sofort nach Kenntnis mitteilen werden. Die übrigen Papierverbrauchergruppen sollten schleunigst zu der Antwort an das Tarifamt Stellung nehmen! Stillstehendes Abfinden mit diesem Entschiede darf es nicht geben. Nach dem alten bewährten Rezept der Agrarier muß nun geschrieben werden.

Bei Abschluß dieser Nummer lagen schon von über 50 Versammlungen Berichte vor. Der Besuch war in einigen Orten, die auch sonst im Organisationsleben feste Punkte sind, schlecht, sonst aber zumeist gut und zum Teil sogar sehr befriedigend. Stuttgart wird wohl die beste Versammlung gehabt haben. Zu etwa der Hälfte waren es Tagungen mit den anderen graphischen Berufen gemeinsam; auch mit den Faktoren. Verschiedenlich waren Vertreter aus anderen Druckorten anwesend; in mehreren Fällen Delegierte der Prinzipalität. Daß sogar Prinzipale als Referenten auftraten, auch Redakteure hatten sich dazu bereit erklärt, ist recht zu begrüßen. Die Tagespresse war vielfach vertreten. Warum in einigen Großstädten in den Tageszeitungen nicht über diese Versammlungen berichtet wurde, ist um so weniger zu verstehen; die breiteste Öffentlichkeit muß für diese ernste Sache interessiert werden. Es kamen in einer Reihe von Versammlungen bemerkenswerte Momente zur Sprache. Den Eingaben an den Reichskanzler kann zu einem betröchtlichen Teil eine gute Fassung nachgelagert werden. An die Reichs- und Landtagsabgeordneten ist man mehrfach auch herangefahren, was wir für sehr notwendig halten. Die Berichte befragen das Nähere; sie finden Fortsetzung in den folgenden Nummern.

Können wir also, daß diese kurzerhand eingeleitete Protestaktion an den Stellen, die unsres Erachtens doch mehr tun könnten, nicht hürlos vorübergeht. Der „Korr.“ wird diese Angelegenheit weiter eifrig betreiben. Von der Tagespresse sollte sie aber nun auch ständig behandelt werden. Diese eigne Sache ist zugleich eine solche der Allgemeinheit im eminentesten Sinne!

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Berlin.** (Vereinsversammlung am 13. Januar.) Tagesordnung: „Die Papiernot in den Berliner Buchdruckereien.“ Trotz des großen Schneefalls, der den Verkehr aus dem Außenbezirken und den Vororten zum Teil äußerst schwierig gestaltete, hatte sich doch eine stattliche Zahl Kollegen eingeladen, um gemeinsam gegen die unhaltbaren Verhältnisse Protest einzulegen, die durch den Papiermangel in den Buchdruckereien einzureißen drohen. Kollege Massini gab als Referent eine eingehende Schilderung der Dinge, wie sie sich jetzt auf dem Papiermarkt abspielen. Hier könne auch die Gehilfenschaft nicht tatlos zusehen, da ihre vitalsten Interessen dabei in Frage kämen. In den größeren Zeitungen werde die Bogenzahl in einer Weise eingeschränkt, daß für die Kollegen schmerzliche Lohnausfälle zu verzeichnen seien. Wenn sich die Dinge so weiter entwickelten, müßten sie zu einer Katastrophe für das gesamte Buchdruckgewerbe führen. Die Gehilfenschaft sei in der jetzigen schweren Zeit außerstande, auch nur den geringsten Lohnausfall durch Betriebsbeschränkungen tragen zu können. Auf die Eingabe des Tarifauschusses an den Reichskanzler wegen der Papiernot sei bis heute — nach rund zwei Monaten — trotz nochmaliger erfolgter Erinnerung keinerlei Antwort erfolgt. Ein Zustand, welcher der Bedeutung des Buchdruckergewerbes für die Öffentlichkeit unwürdig wäre. Hier sei die Frage berechtigt: Wo bleibt die siebente Grobmasch, als welche sich die Presse doch immer ausgibt? Hier, in ihrer eigenen Angelegenheit, sollte sie doch einmal zeigen, wie weit ihre Macht gehe, und von den Regierungsstellen eine Abhilfe des Stoffmangels fordern. Aber sei die Macht dieser siebenten Grobmasch schon zugrunde gerichtet? Die Gehilfenschaft protestierte jedenfalls in energischer Weise gegen die unhaltbaren Zustände, welche durch die Papiernot für das Gewerbe herbeigeföhrt würden. Sie verlange von den in Betracht kommenden Regierungsstellen unbedingte Abhilfe und lehne jede Verantwortung bei einer

welteren Verschärfung der Papiernot ab. Es müsse von der Regierung verlangt werden, daß ein für die Allgemeinheit der Bevölkerung so wichtiges Gewerbe wie das Buchdruckgewerbe nicht zugrunde gerichtet werde. In der Diskussion wurden die mit Beschlüssen aufgenommenen Ausführungen des Referenten noch von den Kollegen Faber, Schindler und Fülle kritisch unterstrichen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am Sonntag, dem 13. Januar 1918, in den ‚Germaniafäden‘, Chausseestraße 110, tagende Verammlung des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer, die sich mit der Papiernot in den Zeitungs- und Werkbetrieben beschäftigte, richtet die dringende Bitte an die verantwortlichen Stellen der Papierlieferung, der drohenden Gefahr eines schließlichen gänzlichen Stillstandes der Berliner Zeitungen und Werkbetriebe dadurch zu begegnen, daß auf schnellstem Weg diesem außerordentlichen Zustand abgeholfen wird. Die Anforderungen, welche die jetzige Zeit zur Aufbringung der Stoffen für das tägliche Leben an jeden einzelnen Gehilfen stellt, gestatten auch nicht den kleinsten Lohnausfall. Durch die außerordentliche Einschränkung der Papierversorgung wird aber täglich die Gefahr drohend, daß das Arbeitsgebiet der Gehilfenchaft verringert und dadurch die dringende herbeigeführt werden, für die die Gehilfenchaft jede Verantwortung ablehnen muß. Die Verammlung wendet sich daher an die mit der Papierlieferung beauftragten Reichsstellen mit dem dringenden Ersuchen, in dieser schwierigen Zeit für eine dauernde und bessere Lieferung mit Papier zu sorgen, damit dem gesamten Buchdruckgewerbe schwere Zeiten erspart bleiben.“

**Braunschweig.** In einer am 13. Januar abgehaltenen Profektverammlung gegen die für das gesamte graphische Gewerbe in bedrohliche Nähe gerückte Papiernot hielt Redakteur Friedrichs vom „Volksfreund“ einen ausgezeichneten Vortrag, in dem er auf die bestehenden großen Mängel in der Papierversorgung hinwies. Eine entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme und ist dem Reichskanzler bereits übermittelt worden.

**Breslau.** Eine allgemeine Verammlung aller im graphischen Berufe Beschäftigten tagte am 13. Januar im „Vingenhause“. Als Vertreter des Breslauer Buchdruckerelbvereins nahm Herr Jungfer daran teil, während die Tageszeitungen durch ihre Berichterstatter vertreten waren. Die Kriegsamtsstelle entschuldigte in einem Schreiben ihr Nichterscheinen. Der Redner, Kollege A. Fiedler, eröffnete in einfindigem Vortrage die Frage: „Welche Folgen hat der Papiermangel und die Papierkonkurrenz?“ Die Verammlung behandelte ihr Einverständnis mit dem Referenten durch einstimmige Annahme nachstehender Entschlüsse, die auch den Reichstags- und Landtagsabgeordneten mit der Bitte, sich der Sache anzunehmen, übermittelt werden soll: „Die am 13. Januar 1918, von Arbeitnehmern der graphischen Berufe abgehaltene Verammlung beschäftigte sich in eingehendster Weise mit der herrschenden Papiernot und der Papierverkuerung und deren Folgen. Der Papiermangel und die Papierverkuerung gefährden ernstlich den Fortbestand vieler Buchdruckereien, Steindruckereien und Buchbindereien und führt dadurch schwere Schädigungen des Wirtschaftslebens herbei, von denen die Arbeitnehmer als die wirtschaftlich Schwächeren am sichtbarsten betroffen werden. Aus Mangel an Papier mußten schon vielfach Betriebe geschlossen werden. Die Herstellung der für die Fortsetzung des Krieges unentbehrlichen Drucksachen und Zeitungen wie der ungestörte Fortgang des Wirtschaftslebens ist aber nicht nur im Interesse der Gewerbeangehörigen, sondern vor allem auch in dem des Staates gelegen. Aus diesen Gründen bitten die Unterzeichneten Eure Excellenz ergebenst, der möglichsten Abstellung des Papiermangels erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen.“

**Offenach.** Die am 12. Januar abgehaltene Verammlung unsres Ortsvereins befaßte sich neben andern Punkten mit der Papiernot und den daraus entstehenden schweren wirtschaftlichen Schäden für die Buchdrucker. Vorsitzender Bleich betonte die Notwendigkeit einer Protesteinlegung in dieser Angelegenheit und brachte in seinen Ausführungen an Hand der diesbezüglichen „Korr.“-Artikel die Mängel und Gefahren, die durch die herrschende Papiernot dem Buchdruckgewerbe als auch der Gehilfenchaft drohen, zur Sprache. Schließend wurde eine dementsprechende Entschlüsse einstimmig angenommen, die dem Reichskanzler unterbreitet werden soll.

**Erfurt.** Gegen Papiernot und Papierwucher nahm eine am 13. Januar abgehaltene außerordentliche Mitgliederverammlung Stellung. Die das gewerbliche Leben tief schädigende, die wirtschaftliche Existenz der Gehilfen und Prinzipale aufs äußerste bedrohende Papiernot, die den Papierwucher erzeugt, wurde vom Vorsitzenden Stange eingehend besprochen. Unter den aus der Mitte der Verammlung zur Abhilfe empfohlenen Mitteln wurde u. a. auch die Frage erzwungen, ob nicht die Zeitungen (einstimmig) als Protest für einige Tage ihr Erscheinen einstellen sollten, um den Reichsbehörden die Folgen der Papiernot recht drastisch vor Augen zu führen. Ein Veruch um Abhilfe an den Reichskanzler, das auf die volkswirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Schäden der Papiernot hinweist, fand einstimmige Annahme.

**Glogau.** Eine am 13. Januar hier abgehaltene allgemeine Verammlung beschäftigte sich mit der immer bedrohlicher werdenden Papiernot. Nach eingehendem Referat des Bezirksvorsitzenden Dieg wurde folgende von den Vorsitzenden aller beteiligten Vereine unterzeichnete Entschlüsse angenommen: „Die heute von 83 Arbeitnehmern der graphischen Berufe besuchte Verammlung beschäftigte sich in eingehendster Weise mit der herrschenden

Papiernot und der Papierverkuerung und deren Folgen. Der Papiermangel und die Papierverkuerung gefährden ernstlich den Fortbestand vieler Buchdruckereien, Steindruckereien und Buchbindereien, wodurch schwere Schädigungen des Wirtschaftslebens herbeigeführt werden, von denen die Arbeitnehmer als die wirtschaftlich Schwächeren am sichtbarsten betroffen werden. Aus Mangel an Papier mußten schon vielfach Betriebe geschlossen werden. Die Herstellung der für die Fortsetzung des Krieges unentbehrlichen Drucksachen und Zeitungen und der ungestörte Fortgang des Wirtschaftslebens ist aber nicht nur im Interesse der Gewerbeangehörigen, sondern vor allem auch in dem des Staates gelegen. Aus diesen Gründen bitten die Unterzeichneten Eure Excellenz ergebenst, der möglichsten Abstellung des Papiermangels erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen.“

**Gröblich.** „Die Papiernot und das graphische Gewerbe“, lautete das Thema, über das unser Vorsitzender P. Fiedler in einer gemeinsamen Verammlung der Arbeitnehmer der graphischen Berufe am 13. Januar referierte. Er stellte eingangs die Verhältnisse im Gewerbe kurz nach Beginn des Krieges, die große Arbeitslosigkeit, die zur Ausschaltung ganzer Berufe geführt hatte. Diese Zustände waren glücklicherweise nicht von langer Dauer, und an die Stelle des Arbeitsmangels trat bald der Arbeitsmangel. Nun sei aber ein neuer Feind dem Gewerbe entstanden, das sei die Papiernot. Der Vortragende schilderte weiter, wie sich auch in der Papierindustrie der Wucher und Kettenhandel breit machten, wodurch die Papierpreise ganz enorm in die Höhe getrieben wurden. Durch den Papiermangel habe sich eine ganze Reihe von Buchdruckereien genötigt gesehen, ihre Betriebe zu schließen. Trotz vieler Proteste von Seiten der Arbeitgebern, der Fachpresse und des Landrats der Deutschen Buchdrucker an die Regierung sei eine Besserung auf dem Papiermarkt nicht erfolgt. Deshalb fordern nunmehr die Arbeitnehmer im graphischen Gewerbe in ganz Deutschland von der Regierung Maßnahmen, durch welche das graphische Gewerbe, insbesondere die Presse, jetzt während des Krieges und darüber hinaus lebensfähig erhalten bleibe. Nach den beifällig aufgenommenen Ausführungen gelangte eine Entschlüsse einstimmig zur Annahme, die sich inhaltlich mit der in Glogau angenommenen deckt.

**Hannover.** In einer am 13. Januar abgehaltenen öffentlichen Verammlung aller im graphischen Gewerbe beschäftigten Personen, in der Redakteur S. Schneider über: „Die schlimmen Verhältnisse in der Papierbeschaffung und -herstellung und den Niedergang des graphischen Gewerbes“ sprach, wurde einstimmig beschlossen, folgende Entschlüsse an den Reichskanzler abzuleiten: „Die Buchdruckergehilfen und Angehörigen der graphischen Berufe von Hannover haben sich in einer am Sonntag, dem 13. Januar 1918, im Saale des ‚Kaffee-Restaurants‘, Artilleriestraße, abgehaltenen Verammlung über die durch die herrschende Papierverkuerung und Papiernot hervorgerufene Lage des Gewerbes ausgesprochen. Sie erblicken in dem immer sichtbar werdenden Mangel an Druckpapier nicht nur eine Schädigung des allgemeinen öffentlichen Lebens, herbeigeführt durch Behinderung der Herstellung von Drucksachen, die im Handel und Verkehr unbedingt notwendig sind, sondern sie befürchten auch durch gezwungene Schließung weiterer Betriebe eine Erschwerung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Falls den Buchdruckereien usw. der Fortbestand ihrer Betriebe nicht ermöglicht wird, werden die darin beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zur Entlassung kommen und zur Arbeitslosigkeit verurteilt sein. In diesen Betrieben sind heute fast nur noch Wehrlinge, Kriegsbeschädigte und ganz alte Personen beschäftigt, die in andern Berufen kaum Arbeit finden werden. Wir bitten deshalb Eure Excellenz, dafür eintreten zu wollen, daß die Druckpapierherstellung in jeder Weise gefördert und den Buchdruckereien das nötige Papier ausgereicht wird. Nur dadurch kann der Fortbestand der Buchdruckereien und Zeitungsbetriebe aufrecht erhalten und die Arbeitslosigkeit für Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen gestoppt werden.“

**Heidelberg.** Am 13. Januar fand hier eine Profektverammlung unsres Bezirksvereins gegen die Papierverkuerung und Papiernot statt, der auch Vertreter anderer graphischer Verbände betwohnten. Nach einem Referat des Vorsitzenden Schneider gelangte eine Resolution zur Annahme, welche sich gegen die unzulängliche Beseitigung der Betriebe mit Papier sowie gegen die fortwährende Steigerung der Papierpreise aussprach. Ferner wurde beschlossen, eine dementsprechende Eingabe an den Reichskanzler zu richten, welche an demselben Tage noch abging.

**Hiel.** Die am 13. Januar abgehaltene öffentliche Verammlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der graphischen Berufe befaßte sich mit der herrschenden Papiernot. Kollege Fr. Briedl hielt das Referat. Redner schilderte die unhaltbaren Zustände in der Papierversorgung. Von den anwesenden Prinzipalen wurden die Erfahrungen vom besten gegeben, die sie in letzter Zeit mit der Papierbeschaffung machen mußten. Ein Prinzipal wies darauf hin, daß auch Papier geparkt werden könnte, wenn die Formate der einzelnen Drucksachen herabgebracht würden. Er hätte es bei einer Behörde durchgedrückt, daß Quittungen in bedeutend verkleinertem Format denselben Zweck erfüllen. Auch auf die Feldzeitungen wurde hingewiesen, die viel Papier verbrauchen. Vom Kollegen Winkenschüß wurde folgende Resolution eingebracht, die an den Reichskanzler sowie an den Reichstagsabgeordneten Regien und den Landtagsabgeordneten Hoff gelangt werden soll: „Die heute, Sonntag, dem 13. Januar 1918, im ‚Gewerkschaftshaus‘ in Hiel tagende Verammlung der Angehörigen der graphischen Berufe, Arbeitgeber und Arbeit-

nehmer, richtet an den Herrn Reichskanzler das dringende Ersuchen, dem fortwährend und sich stetig steigenden Papiermangel abzuwehren. Hauptächlich sind es die Buchdruckereien und von diesen wieder die Zeitungsbetriebe, die durch den Papiermangel empfindlich geschädigt werden und bei weiterer Fortdauer dieses Zustandes zum Stillstand der Betriebe gezwungen werden. Da dieser Schrift die Existenz einer Reihe von Prinzipalen und der bei ihnen beschäftigten Personen in Frage stellt, wird nochmals um Rücksichtnahme auf das Gewerbe bei der Zuweisung der benötigten Papiermengen dringend gebeten. Eine Erhöhung der Papierpreise ließe sich auch dadurch erreichen, daß eine Beschränkung der zahlreich vorhandenen Feldzeitungen, die vielfach nicht unbedingt erforderlich sind, vorgenommen wird.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

**Köln a. Rh.** In einer zahlreich besuchten Verammlung nahm der hiesige Ortsverein am 13. Januar Stellung zu der Papiernot. Kollege Kiefer konnte als Referent eine reiche Blütenlese geben, wie weit die Zustände gediehen sind. Alle Zeitungen ohne Ausnahme hätten ihr Erscheinen infolge der Papiernot teilweise bis zur Hälfte und mehr einschränken müssen, andre seien ganz eingegangen. Dabei sei das gelieferte Papier so schlecht, daß bei seinen obendrein unverhältnismäßig hohen Preisen von einem wirklichen Wucher zu sprechen ist. Wie mit dem Zeitungspapier, so habe es mit allen Papierarten. Zahlreiche, namentlich kleinere Unternehmungen würden durch diese Zustände vernichtet, und die Arbeiter des Berufs würden arbeitslos, was für die aus dem Felde zurückkehrenden Gehilfen von trostloser Wirkung sein müsse. Es sei die höchste Zeit, daß alle Berufsangehörigen ohne Ausnahme sich zusammenraffen und laut ihre Stimme erheben, damit die Verantwortlichen auf ihre große Unterlassung aufmerksam gemacht werden. Die Aussprache ergab völlige Einstimmigkeit mit den Ausführungen des Referenten. Von einzelnen Rednern, die selbst im Schützengraben waren, wurde auf das Überflüssige der Feldzeitungen hingewiesen, von denen einzelne mehr in der Heimat als im Felde gelesen würden. Das dort unnötig verbrauchte Material und das zu seiner Verarbeitung verwendete Personal könnten besser in der Heimat selbst verwendet werden. Die von der Verammlung einstimmig aufgetragene Entschlüsse hat folgenden Wortlaut: „Der fortgesetzt steigende und seine schädlichen Wirkungen immer stärker ausübende Papiermangel im Buchdruckgewerbe droht nicht nur zu einer ernsten und nicht zu unterschätzenden Gefahr für das graphische Gewerbe, sondern für das gesamte Wirtschaftsleben zu werden, das unbedingt der Erzeugung des Buchdruckgewerbes zu seiner Befruchtung bedarf. Die am 13. Januar 1918 zu Köln verammelten Buchdruckergehilfen sowie Angehörigen des graphischen Gewerbes richten deshalb an Se. Excellenz den Herrn Reichskanzler die dringende Bitte, veranlassen zu wollen, daß den Buchdruckereibetrieben und vor allem auch den Tageszeitungen die für ihren Bedarf erforderlichen Mengen Druckpapier zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden, damit das Gewerbe seine im Interesse des Wirtschaftslebens und des Durchhaltens liegenden Aufgaben erfüllen kann und die Schwierigkeiten behoben werden, die sich allüberall bemerkbar machen und zur Proletarisierung der Angehörigen des graphischen Berufs und zu einer empfindlichen Schädigung des Wirtschaftslebens führen dürften. Die weitere Vernachlässigung des Buchdruckgewerbes infolge ungenügender Papierlieferung wird nicht nur außerordentlich nachteilige Wirkungen auf das graphische Gewerbe, sondern auf das gesamte Wirtschaftsleben ausüben. Da das Buchdruckgewerbe durch die Presse usw. in erster Linie berufen ist, zum Durchhalten beizutragen und ferner dem Buchdruckgewerbe in hervorragendem Maße die Aufgabe zufallen wird, bei Wiedergewinnung der verloren gegangenen Absatzgebiete an erster Stelle mitzuwirken, so muß unter allen Umständen die Aufrechterhaltung der graphischen Betriebe gewährleistet und alles getan werden, die Schwierigkeiten zu beheben, die durch den Papiermangel heraufbeschworen worden sind. Eine besondere Ursache des Papiermangels sieht die Verammlung in der übergroßen Zahl der Feldzeitungen, die ohne Schaden für die Allgemeinheit ganz bedeutend eingeschränkt werden könnte. Das Buchdruckgewerbe ist durch den Krieg und seine lange Dauer außerordentlich hart betroffen worden, wodurch auch die Lage der Berufsangehörigen außerordentlich ungünstig beeinflusst wurde. Sehr droht der Papiermangel geradezu katastrophale Wirkungen auszuüben, die nicht nur das Gewerbe, sondern auch das gesamte Wirtschaftsleben empfindlich treffen, wenn nicht vorbeugende Maßregeln getroffen und die Sicherstellung der Papierlieferung gewährleistet wird. Wir bitten deshalb Se. Excellenz den Herrn Reichskanzler, sofort die erforderlichen Maßnahmen treffen zu wollen.“

**Leipzig.** Der Verein Leipziger Buchdrucker und Schriftsetzergelhilfen nahm am 13. Januar Stellung zur Papiernot. Nach einigen einleitenden Worten des Kollegen Engelbrecht ergiff Kollege Römer als Referent das Wort. Er schilderte zunächst die Entstehungsurachen der Papiernot, besonders hervorhebend die kolossale Ausbreitung der Papiergewebeindustrie. Wenn man sich auch damit abfinden müsse, daß für den täglichen Gebrauch notwendige Gegenstände aus Papierstoff hergestellt würden, so müsse jedoch von der Herstellung von Luxusartikeln unbedingt abgesehen werden. Sodann beleuchtete Redner eingehend die Folgen der Papierkaumität für das Buchdruckgewerbe im allgemeinen und für die Gehilfenchaft wie ihre Organisation im besondern. Dem Einwande, daß trotz der Stilllegung kleiner und kleinerer Buchdruckereien bis jetzt wenig oder gar keine Konditionslofen vorhanden seien, müsse entgegengestellt werden, daß Verleger wie Drucker bis jetzt vielfach von enormen Papier-



vorräten gekehrt hätten, die aber nunmehr zum größten Teil aufgebraucht wären. Neuerwerbungen von Büchern sowie Neuauflagen würden wenig oder gar nicht angezogen werden. Es wäre kurzschäftig und verfehlt von uns, wollten wir die Hände in den Schoß legen und die Dinge ihren Lauf nehmen lassen. Wenn die Katastrophe hereinbräche, dann würde nicht nur Tausenden, sondern Tausenden von Kollegen die Arbeitsgelegenheit genommen werden, was bei dem heutigen Stande der Mitgliederzahl und der Steuerkraft der einzelnen Kollegen als ein Unglück bezeichnet werden müßte. Nicht nur das Buchdruckgewerbe, sondern das ganze graphische Gewerbe und in Anbetracht der außerordentlich schwierigen Herstellung der mechanischen Arbeiten bis zu einem gewissen Grade auch Handel und Industrie seien schwer geschädigt. Sehr betrüblich leide auch das Allgemeinwohl infolge der starken Einschränkung des Buch- und Zeitschriftendrucks, weil das Publikum dadurch gebehrt würde, seine geistigen Bedürfnisse zu befriedigen. Es sei sehr wohl möglich, eine Katastrophe zu verhüten. Durch Eingaben und Vorstellungen bei den in Betracht kommenden Behörden sei schon viel geleistet worden. Speziell das Tarifamt habe eine eingehende und vorzügliche Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, die leider bisher ohne Antwort blieb. Nunmehr müßten die Massen einen Druck auf die Behörden ausüben. Redner forderte vor allen Dingen Einschränkung der Papiergewebefabrikation und Inbetriebsetzung möglichst aller Papierfabriken. In der hierauf einlehnenden Diskussion machte Kollege Göbe auf die Papierverschwendung aufmerksam, die gerade von der zur Regelung der Papierversorgung eingeleiteten Behörde getrieben werde. Hierin sei eine Änderung sehr von Nutzen. Weiter sei es nicht zu verstehen, daß in einzelnen Fachzeitschriften noch große Mengen Papier zum Verkaufe gestiftet würden. Was tue die Papiervermittlungstelle in bezug hierauf und wie verhält sie sich zur Papiervermittlung in Rheinland-Westfalen (worüber die „Buchdruckerwoche“ zu berichten wußte)? Kollege Gräfe wies auf den Ernst der Situation hin, die durch die Papiernot im besonderen für die Gehilfenchaft erwachse. Leider scheine ein Teil der Kollegen noch gar nicht begriffen zu haben, was uns eventuell bevorstehe, wenn nicht eine Änderung in der Papierversorgung eintrete. Kollege Engelbrecht sprach seine Vermutung darüber aus, daß die unfür 10. November v. J. von dem Tarifamt an den Reichskanzler gerichtete Eingabe in Sachen der Papiernot noch keine Beantwortung erfahren habe. Wenn die Verhältnisse auf dem Papiermarkt so weiter gingen, müßten die Buchdruckergebnisse mit einer ähnlichen Katastrophe rechnen wie die Textilarbeiter. Deshalb müßten die in Betracht kommenden Behörden auf die Gefahren aufmerksam gemacht werden, denen nicht nur das Buchdruckgewerbe, sondern die gesamten graphischen Berufe ausgesetzt sind. Hierauf nahm die Versammlung folgende Entschließung einstimmig an: „Die am 13. Januar 1918 im „Volkshaule“ zur Leipziger tagende Mitgliederversammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker und Schriftsetzergehilfen (Vau Leipzig des Verbandes der Deutschen Buchdrucker) erblickt in der gegenwärtigen Papiernot eine nicht zu unterschätzende Gefahr für das Buchdruckgewerbe und seine Berufsangehörigen. Die Versammlung drückt ihr Bedauern darüber aus, daß eine am 10. November v. J. erfolgte diesbezügliche Eingabe des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker an den Reichskanzler bis zum heutigen Tage unbeantwortet blieb. Sie beauftragt deshalb das Bureau der heutigen Versammlung, eine erneute Eingabe an den Kanzler des Deutschen Reiches zu richten, in welcher um sachgemäßes Eingreifen der maßgebenden Behörden in Sachen der Papierverteilung für das Buchgewerbe ersucht wird.“

**Nürnberg.** Die am 6. Januar abgehaltene Generalversammlung befachte sich neben der Erledigung der Wahlen in der Hauptsache mit der herrschenden Papiernot, die in unserm Gewerbe zu großen Schwierigkeiten führen muß. Die Kollegen nahmen eine Protestresolution gegen die übermäßige Verwendung des Papiers zu Spinnpapieren usw. an, die sämtlichen Angehörigen des graphischen Gewerbes zur Unterzeichnung vorgelegt worden ist. Die Frage der Schwerarbeiterzulagen fauchte wiederum auf. Es wurde beschlossen, zur Erlangung solcher Zulagen nochmals eine Eingabe einzureichen. Für die korporative Mitgliederchaft in der Graphischen Vereinigung wurden 15 Mk. bewilligt.

**Witten i. B.** Am 13. Januar fand eine Gruppenversammlung statt. Vorsitzender Schmidt eröffnete sie und ließ alle Kollegen willkommen. Gausvorsteher Wagner (Wosen) hielt sodann einen Vortrag über die gewerbliche Lage und stellte hierbei auch die Tarifausübung, wofür ihm der Vorsitzende den Dank der Versammlung aussprach. Zum Schlusse wurde gegen die herrschende Papiernot protestiert und einstimmig beschlossen, an den Reichskanzler eine dementsprechend begründete Eingabe zu senden.

**h. München.** Ortsvereinsversammlung vom 12. Januar. Zunächst machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß wieder zwei Kollegen dem Weltkrieg zum Opfer fielen; am Orte verstorben sind fünf Mitglieder, darunter Kollege Heinrich Capeller, der während des Neunfunddenkempfers Vorsitzender des Ortsvereins war. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser Kollegen in der üblichen Form. Ein Kollege wurde aufgenommen. Eine erregte Auseinandersetzung rief das durch die vom Kriegsanstalt angeordnete Einparung von 30 Proz. elektrischen Stromes veranlaßte Abkommen mit den Prinzipalen hervor, laut dem für Monat Januar die Arbeitszeit in den Druckereien Münchens von 7 1/2 bis 4 Uhr in halbstündiger Pause festgesetzt wurde, während bei längerer Dauer der Wasser- und Kohlenanppbeiß vom 1. Februar

ab eine Vierstundestunde länger (8 1/2) gearbeitet werden soll. Besteres war der Sein des Anstalts. Nach ausführlichen Ausführungen der Kollegen Seitz und Söldner erklärte sich schließlich die Versammlung gegen eine Minderheit mit der Vereinbarung einverstanden. Der nächste Punkt der Tagesordnung war: „Stellungnahme zu den immer mehr um sich greifenden Folgen der Papierverteilung und des Papiermangels für die Arbeiterschaft unseres Gewerbes“. In keinem Referat erörterte Vorsitzender Söldner die Ursachen des gegenwärtigen Papiermangels und der in Erscheinung tretenden Papierverteilung sowie die daraus resultierenden, immer drückender werdenden Einschränkungen im Verbrauch von Papier zu Druckzwecken. Ferner stellte er fest, daß sich die Wirkungen dieser Zustände nun seit einiger Zeit in unserm Gewerbe in Form sich steigender Arbeitslosigkeit bemerkbar machen. Um dieser Gefahr entgegenzutreten, müsse verhandelt werden, die Rechtsleistung zu veranlassen, durch entsprechende Maßnahmen die Entwicklung der Dinge in andre Bahnen zu lenken. Eine in diesem Sinn abgefasste Eingabe an den Reichskanzler wurde von der starkbesetzten Versammlung einstimmig angenommen.

**Reife.** Eine allgemeine Versammlung aller im graphischen Berufe Beschäftigten (Buchdrucker, Lithographen und Steindrucker, Buchbinder und Hilfsarbeiter) fand am 13. Januar hier statt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag: „Welche Folgen hat der Papiermangel und die Papierverteilung?“ mit darauffolgender Aussprache. Den Vortrag hielt Bezirksvorsitzender Müller, welcher in kurzen und sehr sachlichen Ausführungen auf die schweren Folgen hinwies, die durch die herrschende Papiernot für die Arbeitnehmer entstehen können. Gleichzeitig besprach er auch die Existenzschädigung der Arbeitgeber bei weiterem Umfanggreifen dieser Papiernot. Die hierauf folgende Aussprache ergab ein vollständiges Einverständnis zur Abwendung einer Resolution an den Reichskanzler zur Erhöhung der Aufmerksamkeit betreffs Abstellung des Papiermangels.

**Münster.** In einer außerordentlichen Versammlung, zu der auch Kollegen aus Erlangen erschienen waren, nahm am 13. Januar die hiesige Mitgliederchaft Stellung zur Papiernot und Papierverteilung. Vorsitzender Belschmidt ging in längeren Ausführungen auf die Entstehung der Papiernot ein und wies auf die Folgen hin, welche eine Fortdauer der jetzigen Zustände herbeiführen müßte und die uns Gehilfen nicht gleichgültig sein können, da es sich um das Wohl des ganzen graphischen Gewerbes handle. Hier wußte er zu schaffen, tue dringend not. Es sei Pflicht der Reichsbehörden, entsprechende Maßnahmen zu treffen. In einer umfangreichen Resolution wurden die Wünsche der Gehilfen und Vorschläge zur Behebung der Papiernot zusammengefaßt und die Vorstandschaft beauftragt, die Resolution an den Reichskanzler gelangen zu lassen.

**Potsdam.** In der am 13. Januar abgehaltenen Protestversammlung der Gehilfen der graphischen Gewerbe des Bezirkes Potsdam über die Papiernotfrage gelangte folgende Entschließung zur einstimmigen Annahme: „Der Herr Reichskanzler wird dringend ersucht, in Rücksicht auf die durch die Papiernot hervorgerufene schwere Schädigung des Buchdrucks sowie des ganzen graphischen Gewerbes, welche schon jetzt bedeutend eingetreten ist, dahin zu wirken, daß die Belieferung der Druckereien usw. mit Papier in besserer Weise als bisher geschieht, da sonst eine weitere Stilllegung der Betriebe und dadurch eine große Gefährdung des deutschen Wirtschaftslebens eintreten würde.“

**Stuttgart.** In einer äußerst stark besetzten Versammlung im „Gewerkschaftshaus“ nahm die hiesige Mitgliederchaft am 12. Januar Stellung zur Papiernot. Gausvorsteher Klein behandelte in eingehender Weise das Thema: „Papiernot, Papierverteilung und die drohende Gefahr für unser Gewerbe und seine Angehörigen“. Er stellte fest, daß die als siebente Großmacht gepriesene deutsche Presse und mit ihr das gesamte graphische Gewerbe bis jetzt in der Kriegswirtschaft mit am stärksten gelitten habe und werde. Würden hinsichtlich der Papierverteilung und -verteilung von den betreffenden kriegsamtlichen Stellen nicht in kürzester Frist energische Abwehrmaßnahmen getroffen, so seien infolge Papiermangels die größten Gefahren für unser Gewerbe und seine Angehörigen zu befürchten. Daß unser Volk nicht überleben werde, beweise eine Erklärung des Amtsblattes in Böttingen vom 12. Januar, die lautet: „Zur Beachtung! Infolge Kohlenmangels stehen zur Zeit in Deutschland 37 Papierfabriken still, herunter zählt auch diesejenige, von welcher wir neben anderen etwa 50 Zeitungszeitungen unter Zeitungsdruckpapier bestehen. Um unsern geringen Vorrat etwas zu strecken, lassen wir zunächst das wöchentlich erscheinende Unterhaltungsblatt ausfallen und vom nächsten Montag an wird bis auf weiteres der „Böttinger Boten“ nur noch zweifach erscheinen. Wie lange es dauern wird, ist unbestimmt, doch wird gehofft, daß eine nächste Woche stattfindende Versammlung in Berlin Klarheit in die Angelegenheit bringt und die Karantäne möglichst bald begehrt wird. Wir bitten deshalb um glückliche Rückfahrt, Schriftleitung und Verlag des „Böttinger Boten“.“ Die in Frage kommende Papierfabrik erhielt nach Eingreifen des Württembergischen Zeitungsverlegervereins am 14. Januar beschlagnahmte Kohlen, und so konnte auch diesmal größerer Schaden noch vermieden werden. Am Schlusse streifte der Redner noch den Antrag der Forderung des Heereslieferungsvereins durch die Papierfabriken und die am hiesigen Orte verlangte 20prozentige Einschränkung an Elektrizität und Gas gegenüber dem Jahre 1918. Da eine Einschränkung unter dem Vorwand des Gewerbes nicht möglich, sollten Maßnahmen, die undurchführbar, ver-

medien werden. Mit dem Vorschlag einer dringenden Eingabe an den Reichskanzler und die interessierten Behörden fand der Referent zum Schluß allgemeine Zustimmung. In der Diskussion stellte Reichstagsabgeordneter Kollege Feuerlein noch den Widerspruch fest, daß Fachzeitschriften (Organe der Gewerkschaften und Genossenschaften) Rotationspapier um 50 Proz. höher bezahlen müssen als die Tagespresse, was zum härtesten Protest herausforderte. Mit einem Appell, ferner ebenso zahlreich in der Versammlung zu erscheinen, fand die Versammlung ihr Ende.

### □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Von Buchdruckern im Kriege.** Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erlebten das Eiserne Kreuz: Otto Borngräber, Gustav Drechsler und Hans Kuback (Danzig), Oskar Kessler (Frankenberg i. S.), Ernst Meßenszehl, Heinrich Schönefelder und Friedrich Wagner (Frankfurt a. M.), Otto Irland, Alfred Büch und Kurt Lange (Leipzig), Karl Neundorj und Alfred Kothe (Mühlhausen i. Th.), Franz Steinmetz, Albert Teck, Theodor Wahl und Otto Weiß (Neunkirchen-Saar), Otto Enderlein (Stettin), Wilhelm Sob, Karl Maurer, Heinrich Schmid und Arno Bödlich (Tübingen), Bernhard Köhler (Wittenberg) sowie Paul Hillich (Woblan). Damit haben bis jetzt 4956 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erhalten.

**Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter.** Für das Königreich Sachsen hat nunmehr nach der von der Leipziger Maschinenfabrikvereinigung vor einiger Zeit bei dem britischen Kriegsernährungsamt erlassenen Anerkennung der Maschinenfabrik als Schwerarbeiter diese durch den bei dem Ministerium des Innern in Dresden bestehenden Ausschuss für Gewährung der Fleisch- und Fettzulagen an Rüstungsarbeiter und Schwerarbeiter nach Anhörung auch von Gehilfenvertretern allgemeine Geltung erlangt. Nach einem Schreiben der Feldzeugmeisterei in Dresden kommen danach Vintopfeleher, Typographen, Monotypsetzer (Monotypsetzer nicht), Schriftsetzer, Stereotypen und deren Hilfsarbeiter für die Fleisch- und Fettzulagen in Betracht. Die Schriftsetzer und Stereotypen waren schon vor dem als Schwerarbeiter anerkannt. Eine jede Firma mit solchen Beschäftigten hat aber noch formellen Antrag an die Ernährungsbehörde des betreffenden Kommunalverbandes zu richten. Wo über zehn Schwerarbeiter dieser Art in Betracht kommen, erfolgt die Belieferung von selbst der Feldzeugmeisterei, wo es weniger sind, geschieht die Zuweisung vom Kommunalverband aus. Die konform gehende Bewilligung der Brotzulagen erfolgt nur durch „In-Sachen“ mit „kleinen“ besonders schwierigen Ernährungsverhältnissen wäre also ein annehmbarer Fortschritt erreicht worden. — Durch Verwendung der Firma S. Vaupp jun. in Tübingen erhielt das gesamte Personal die Schwerarbeiterzulage; drei Steuer die Schwerarbeiterzulage. Die Eingabe des Ortsvereins für künstliche Druckereten fand nicht einmal Beantwortung.

**Nachahmungswehrte Bestrafung.** Die Firma S. Bitt & Sohn in Hamburg (Wahl) gewährte ihrem technischen Personal zu Beginn des Herbstes einen doppelten Wochenlohn und um die Weihnachtszeit zweimal je 25 Mk. als außerordentliche Zulagenzulage. Außerdem wird die Kinderzulage weiterbezahlt. — Die Druckerei des „Steiglicher Anzeiger“ in Steglitz bei Berlin hat, wie alle Jahre, ihr Personal auch diesmal wieder mit einer Weihnachtsgratifikation von je 30 Mk. erfreut.

**Buchdrucker im Gerichtsdiens.** In Mülheim (Ruhr) ist Kollege Ernst Tommes für das Jahr 1918 wieder als Schöffe ausgelost worden. Er bekleidet dieses Amt jetzt schon drei Jahre.

**Die Formate der deutschen Bücher.** Im Felde der Papiernot wird in der Tagespresse auch die Frage der sehr unterschiedlichen Bücherformate besprochen und darauf hingewiesen, daß man sich gerade in der jetzigen Zeit der Papierknappheit auf möglichst wenige Formate beschränken und alle ungewöhnlichen Größen vermeiden müsse. Dadurch erleichtere man den Papierfabriken die Arbeit ganz erheblich. Früher hatten wir in Deutschland ziemlich einheitliche Formate, und zwar nachdem die in der älteren Zeit üblichen Folio und Quart selten geworden waren, für die meisten Bücher Oktav, Duodez und Sedes. Diese Größen fanden fast, so daß man auch beim Einordnen einer Bibliothek in Regale kaum Schwierigkeiten hatte. Neuerdings haben viele Verleger immer mehr für ihre Bücher aparte Formate eingeführt, so daß man z. B. neben Oktav noch Klein-Oktav, Groß-Oktav und Terzikon-Oktav unterscheiden und sich dazu noch eine Menge Mittelstufen befinden. Dies hat nicht bloß den Nachteil, daß man zusammengehörige Bücher in einer Bibliothek auseinandernehmen muß, sondern daß auch den Papierfabriken die Produktion erschwert ist. Auch bei Bestellung privater Drucksachen, Briefbogen usw. sollte man die sogenannten aparten Formate vermeiden, um nicht mit erheblichen Abfällen beim Schneiden rechnen zu müssen.

**Beleuchtung der Feuererzulagen in Sachsen.** Nach einem dem sächsischen Landtage soden zugegangenen Gesetzentwurf sollen mit Wirkung vom 1. Januar 1918 in das Einkommensteuergesetz folgende Neubestimmungen aufgenommen werden: Als Teile des Gehalts, Lohnes, Ruhegebhalts oder Wartegelds gelten auch Einnahmen, die der Empfänger von der Anteilnahmebehörde oder vom Arbeitgeber als besondere Vergütung oder Zulage, als Zu-

